

# Der Kantonsrat braucht eine Denkpause

**Luzern** Der Kantonsrat hat gestern bei der Beratung des Budgets ein zu grosses, nicht gesetzeskonformes Defizit produziert. Um aus der Sackgasse zu kommen, beschloss er ein einwöchiges Time Out und vertagte die Verabschiedung des Voranschlages bis am Montag.

VON RETO LEGENA (SDA)

Der Regierungsrat hatte dem Parlament ein Budget vorgelegt, das mit einem Aufwand von 3,7 Milliarden Franken mit einem Defizit von 19,8 Millionen Franken schloss. Die vorberatende Kommission beantragte diverse Änderungen, die zu einer Erhöhung des Fehlbetrages auf 21,3 Millionen Franken führten. Wegen der Schuldenbremse liegt das maximal zulässige Defizit bei 25,4 Millionen Franken. Das Parlament überzog diese Grenze bis am Dienstagabend um über 4 Millionen Franken. Weil der Rat mehrheitlich kein unge-

**«So hat die Regierung Zeit, dem Parlament Vorschläge zu unterbreiten.»**

Andreas Moser Kantonsrat FDP

setzliches Budget beschliessen wollte, hiess er mit 84 zu 32 Stimmen einen Ordnungsantrag der FDP gut, ein Time Out zu nehmen. Andreas Moser (FDP) sagte, damit habe die Regierung Zeit, dem Parlament Vorschläge zu unterbreiten, wie das Defizit gesenkt werden könne. Die Ratsmehrheit unterstützte das Ansinnen, auch deshalb, weil eine Ablehnung des Voranschlages und damit ein budgetloser Zustand keine Alternative sei.

**«Notbudget»**

Die Grenze, die die Schuldenbremse setzte, hing wie ein Damoklesschwert über den Budgetberatungen. Immer wieder wurden Sparmassnahmen damit begründet, dass das der Voranschlag 2016 ein «Notbudget» in schwierigen Zeiten sei. Über die Anträge der Regierung und der vorberatenden Kommission hinaus beschloss das Parlament auf Antrag der CVP, 1 Million Franken bei der Informatik zu sparen. Bei der Polizei beschloss der Rat aber zusätzliche 1,5 Millionen Franken, weil die Patrouillendienste nicht reduziert sowie Gerichte und Parlament weiter bewacht werden sollen.

Keinen Erfolg hatte die CVP mit ihrer Idee, die Planung an einem zentralen Verwaltungsgebäude auf dem Seetalplatz aufs Eis zu legen. Gleich ging es ihrem Antrag,



Bei der Polizei beschloss der Rat zusätzliche 1,5 Millionen Franken, weil die Patrouillendienste nicht reduziert werden sollen.

ALEXANDRA WEY/KEYSTONE

**Marcel Schwerzmann plädierte vergeblich für die Genehmigung des Finanzplanes.**

nicht nur im Bildungs- und im Sozialdepartement die Personalkosten um 5 Prozent zu senken, sondern in allen fünf Departementen. Die «Rasenmähermethode» werde den unterschiedlichen Ausgangslagen in den Departementen nicht gerecht.

**Mitte-links schnürte Sparpaket auf**

Im Bildungsressort stimmte die CVP mehrere Male mit der Ratslinken, sodass mit knappen Mehrheiten umstrittene Entlastungsmassnahmen aus dem Budget gekippt werden konnten. So müssen die Eltern von Jugendlichen, die eine nachobligatorische Schule besuchen, keine höheren Schulgelder bezahlen als bislang.

Mit 79 zu 34 Stimmen deutlich war das Votum des Parlamentes zur Fachklasse Grafik. Auf die von der Regierung vorgeschlagene und vehement bekämpfte stufenweise Schliessung wird, wie von der vorberatenden Kommission beantragt, so-

mit verzichtet. Auf die sogenannten Zwangsferien an Gymnasien und Berufsschulen, die das Budget total um 4 Millionen Franken entlasten, hielt der Rat aber fest. Hier stimmte die CVP mit SVP und FDP. Das Schuljahr wird somit vorübergehend um eine Woche verkürzt. Bei den sozialen Einrichtungen wich der Rat ebenfalls nicht vom Sparkurs ab.

**Finanzplan abgelehnt**

Nach langer Debatte und der Behandlung von rund 50 Anträgen hat der Kantonsrat den Aufgaben- und Finanzplan bis 2019 erwartungsgemäss abgelehnt, und zwar mit 113 Stimmen zu 1 Stimme. Überarbeiten muss der Regierungsrat den Plan nicht. Das Parlament setzte die am Montag begonnenen Beratungen zur mittelfristigen Finanzplanung und zum Budget für 2016 fort. Das Nein zum Finanzplan hatte sich bereits am Montag beim Eintreten ab-

gezeichnet. Schon in den Vorjahren war das Planungsinstrument des Regierungsrates jeweils vom Kantonsrat nicht genehmigt worden. Das Parlament begründete die Nichtgenehmigung damit, dass der Finanzplan die Schuldenbremse nicht einhalte. Eine Genehmigung wäre ein Rückfall in die Schuldenwirtschaft, hiess es etwa im Rat. Finanzdirektor Marcel Schwerzmann plädierte vergeblich für eine Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplanes. Dieser halte die gesetzlichen Vorgaben ein, nur die Schuldenbremse nicht, sagte er. Das Parlament hatte am Montag einstimmig mit einer Motion den Regierungsrat verpflichtet, bis zur Junisession mit einem Planungsbericht zur Entwicklung der Kantonsfinanzen Auskunft zu geben. Dabei geht es auch um das Konsolidierungspaket. Es sei wichtig, dass das Parlament gute Entscheidungsgrundlagen habe, sagte Ylfete Fanaj (SP).

## Kein Parking ohne öffentliche Hand

Luzern Private und Stadt mit Zusammenarbeitsvereinbarung

Das geplante Parkhaus im Museggfels bleibt ein privates Projekt. Aufgrund der Zusammenhänge und der Auswirkungen auf den ÖV lasse sich dieses aber nicht losgelöst von der öffentlichen Hand realisieren, ist der Stadtrat überzeugt. Deshalb schloss dieser mit der Musegg Parking AG nun eine Zusammenarbeitsvereinbarung ab. Dadurch strebten beide Partner «die transparente Aufarbeitung aller Fakten in Hinblick auf die bevorstehenden Parlaments- und Volksentscheide an, heisst es. Eine Zusammenarbeit zwischen privater Projektträgerschaft und Stadt Luzern sei unumgänglich. Die Stadt hält fest, dass sie ein hohes Interesse daran habe, für die Parkierung der Reisecars in vertretbarer Nähe zur Altstadt eine gute Lösung zu finden.

**Für 36 Cars und 700 Autos**

Sowohl die Stadt als auch die Initianten seien sich aber bewusst, dass das Projekt für einen Teil der Bevölkerung negative Auswirkungen haben könne. Hier setze die Zusammenarbeitsvereinbarung an. In Teilprojekten sollen nicht nur das Projekt selber, sondern auch



Eine unterirdische Passerelle soll direkt in die Luzerner Altstadt führen.

ZVG

wesentliche flankierende Projektbestandteile und Fragestellungen erarbeiten werden. Beispielsweise soll geklärt werden, wie viele Parkplätze im öffentlichen Raum kompensiert werden müssen, damit kein zusätzlicher Verkehr entsteht. Oder welche Gebiete durch den Wegfall von Oberflächenparkplätzen aufgewertet werden könnten. Mit dem Parking soll die Innenstadt, vor al-

lem der Schwanenplatz, vom Auto- und Carverkehr entlastet werden. Die Zufahrt ist im Westen des Musegghügels vorgesehen. Vom Parkhaus sollen die Besucher zu Fuss über eine 100 Meter lange unterirdische Passage zum Falkenplatz in der Altstadt gelangen. Das Projekt sieht Parkplätze für 36 Cars und 700 Autos vor. Kosten soll es rund 150 Mio Franken. (SDA)

**Eschenbach**

## Asylsuchende werden in Militärunterkunft untergebracht

Der Kanton Luzern eröffnet im luzernischen Eschenbach eine Asyl-Notunterkunft für Familien. In der Militärunterkunft Hübeli können bis zu 50 Personen untergebracht werden. Der Betrieb ist auf maximal drei Jahre befristet.

Grosse Bereiche der Unterkunft verfügen über Tageslicht, somit sei sie auch für die Unterbringung von Kindern geeignet, teilte die Luzerner Staatskanzlei gestern mit. Die ersten Familien ziehen in den nächsten Wochen ein. Durch die Öffnung der Militärunterkunft Hübeli erfülle die Gemeinde Eschenbach ihre Verpflichtung, Asylsuchende aufzunehmen, heisst es weiter. Gleichzeitig unterstütze sie den Kanton in der «momentan sehr schwierigen Aufgabe», genügend Unterkunftsplätze für Asylsuchende bereitzustellen.

Die Asyl-Notunterkunft für Familien wird im ersten Betriebsmonat mit einer 24-Stunden-Betreuung geführt. Ab dem zweiten Monat soll die Betreuung in Absprache mit dem Gemeinderat Eschenbach situativ angepasst werden. Für den Zentrumsbetrieb ist die kantoneigene Asylorganisation zuständig,

für die Sicherheit rund um die Unterkunft ein privater Sicherheitsdienstleister.

Eine Gruppe von Vertretern des Kantons Luzern, der Gemeinde Eschenbach und der Bevölkerung soll den Betrieb der Asyl-Notunterkunft eng begleiten.

**Deutlich mehr Asylsuchende**

Mit der Militärunterkunft Hübeli in Eschenbach nimmt der Kanton Luzern die achte temporäre Unterkunft in Betrieb. Ende November 2015 waren im Kanton Luzern 1650 Asylsuchende untergebracht. Damit ist die Zahl der Asylsuchenden im letzten Halbjahr um 800 Personen angestiegen. Aufgrund der sehr hohen Schutzanerkennungsquote von 65 Prozent steigt auch die Zahl der Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen seit Beginn des Jahres 2014 kontinuierlich an.

Der Kanton Luzern betreut heute nebst den Asylsuchenden rund 2500 Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene, die von wirtschaftlicher Sozialhilfe abhängig sind (Stand Ende Dezember 2013: 1365 Personen). (SDA/SK)